

16
82

Union in Deutschland

Bonn, den 13. Mai 1982

Berliner Erklärung verabschiedet

Gebot der Stunde: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen

Einstimmig hat der Bundesausschuß, das zweithöchste Gremium nach dem Bundesparteitag, auf seiner Sitzung am 10. Mai in Berlin die „Berliner Erklärung“ zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. Helmut Kohl rief die freien Völker zu einer großen Friedensoffensive auf und unterstützte mit Nachdruck die neuen Abrüstungsvorschläge des amerikanischen Präsidenten vom Wochenende.

In der Berliner Erklärung heißt es:

Frieden schaffen ohne Waffen: das ist ein verständlicher Wunsch, aber leider eine gefährliche Illusion.

Frieden schaffen nur durch Waffen: das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: das ist das Gebot der Stunde. Ernsthafte Verhandlungen über Rüstungsstopp und Abrüstung halten wir für ein ethisches Postulat.

(Wortlaut der „Berliner Erklärung“ und der Rede Helmut Kohls in der Dokumentation dieser Ausgabe.)

Vor der Rede Helmut Kohls hielt Helmut Sonnenfeld, Brookings Institution, Washington D.C. ein Grundsatzreferat zu den aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik aus amerikanischer Sicht.

Nach wie vor treffen stündlich aus allen Teilen der Bundesrepublik neue Anmeldungen ein zur Teilnahme an der Großdemonstration

**„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“
am 5. Juni in Bonn**

Alle Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Ankündigung der Demonstration und zur Mobilisierung der Teilnehmer werden in dieser Woche an die Kreisgeschäftsstellen ausgeliefert. Jetzt gilt es, bundesweit mit Slogan und Signets für eine große Teilnehmerzahl am 5. Juni zu werben. Mitmachen!

Noch einmal die Nummer des Telefon-Sonderanschlusses („Demo-Telefon“)

(02 28) 5 44-5 28

BUNDES- AUSSCHUSS

**Unser Ziel ist der politische
Wechsel für Hamburg**

**Berlin ist unter CDU-Führung ein
gutes Stück vorangekommen**

Seite 2—4

ÖA

Gesamtangebot

rosa Teil

DOKUMENTATION

**Wortlaut der Berliner Erklärung
und der Rede von Helmut Kohl vor
dem Bundesausschuß in Berlin**
grüner Teil

Unser Ziel ist der politische Wechsel für Hamburg

Auf der Bundesausschuß-Sitzung in Berlin gab Walter Leisler Kiep einen Bericht über den Stand des Wahlkampfes in Hamburg, wo am 6. Juni eine neue Bürgerschaft gewählt wird. Außerdem berichtete der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, über die Leistungen des Berliner Senats in den ersten elf Monaten, seit dem Regierungsantritt und über die Aufgaben, vor denen das Land Berlin in der Zukunft steht. Walter Leisler Kiep erklärte:

Ich möchte mich zu Beginn — auch im Namen meiner Hamburger Freunde — bei allen sehr herzlich bedanken, die uns schon in so großem Maße geholfen haben und die uns weiter unterstützen. Dieser Dank gilt der Bundesgeschäftsstelle, dem Bundesvorsitzenden, dem Generalsekretär, gilt aber auch allen Landesverbänden, die sich in großzügigster Weise bereit erklärt haben, am nächsten Samstag, 15. Mai, in einer großen gemeinsamen Anstrengung die Verbundenheit ihrer Landesverbände und ihrer Länder mit Hamburg und unseren Bemühungen äußerlich Ausdruck zu geben, durch Anwesenheit in den verschiedensten Formen. Ich bin ganz sicher, daß dieser nächste Samstag uns im Hamburger Wahlkampf einen weiteren Schritt voranbringen wird.

Nachdem wir jetzt in die Zielgerade des Wahlkampfes einbiegen, können wir feststellen, daß es uns gelungen ist, aus einer schwierigen Position heraus so weit voranzukommen, daß wir nicht nur von einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Parteien CDU und SPD sprechen können, sondern, daß wir — wenn wir

der letzten Meinungsumfrage folgen, die ja immer nur eine Momentaufnahme an einem bestimmten Tage sein kann — sogar leicht vorne liegen, mit zwei Punkten vor der SPD. Und es scheint mir so, als ob unsere sozialdemokratischen Gegenspieler wohl ähnliche Erkenntnisse haben, denn die Nervosität in sozialdemokratischen Lagern nimmt in einer uns beruhigenden Weise zu.

Wir können feststellen, daß die Sozialdemokraten sich in der Frage der Wahl in Hamburg in einer Weise besorgt zeigen, die die Erkenntnis wachsen läßt, daß für Helmut Schmidt offensichtlich Hamburg auch eine wichtige persönliche Bewertung seiner Rolle und seines Gewichts in der deutschen Politik darstellt. Deshalb versucht man nun, dieser Hamburger Wahl bundespolitische Motive zu unterstellen.

Wir bleiben dabei: es geht um eine bessere Politik für Hamburg für die nächsten vier Jahre.

Diese Lage hat auch dazu geführt, daß der verehrte Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei in Hamburg bei einem kürzlichen Parteitag einen riesigen schwarz-roten Elefanten auf die Bühne geschoben hat, das Gespenst einer großen Koalition. Und der Bürgermeister von Hamburg, Herr von Dohnanyi, hat seinerseits erklärt, er werde unter allen Umständen im Amt bleiben, auch wenn die SPD zweitstärkste Partei sein würde, denn es gelte ja Hamburg weiter zu regieren.

Damit hat sich Herr von Dohnanyi in eine Situation begeben, die fatal der Einlassung ähnelt, die der damalige Regierende Bürgermeister in Berlin, Hans-Jochen Vogel, vor der Berliner Wahl eingenommen hat. Wir werden uns darum bemühen, klar

zu machen, daß es demokratische Übung in allen freiheitlich organisierten Ländern dieser Erde ist, am Wahltag die Entscheidung über die künftige Regierung dem Souverän, dem Wähler, zurückzugeben.

Wir haben in unserer parlamentarischen Demokratie unsere Schwierigkeiten mit Gruppen, die gerade den großen im Bundestag vertretenen Parteien stetig vorwerfen, sie kümmern sich ja gar nicht um den souveränen Wählerwillen. Und eine solche Aussage, wenn sie bis zum 6. Juni bestehen bleibt, muß ja geradezu beim Bürger den Eindruck erwecken: Es ist völlig gleichgültig, was ich wähle, diese Leute bleiben in jedem Fall an der Macht. Deshalb werden wir dieses Thema bis zum 6. Juni immer wieder zur Sprache bringen und wir werden mit allen Mitteln eine Antwort in dieser Richtung erzwingen.

Wir sind gut vorangekommen und wir haben überhaupt keinen Anlaß, zum jetzigen Zeitpunkt darüber zu grübeln oder Diskussionen darüber zu führen, in welcher Konstellation wir uns nach dem 6. Juni befinden. Die Wähler sind in Aufbruchstimmung. Die Wählerlandschaft ist in Bewegung geraten, die Union ist von einem sehr viel schlechteren Punkt aus inzwischen an der SPD sogar leicht vorbeigezogen. Unsere Partei ist voll mobilisiert und motiviert. Und wir bleiben dabei: Unser Ziel ist der politische Wechsel für Hamburg. Deshalb scheidet auch ganz einfach ein Gedanke an ein Zusammengehen mit der politischen Kraft aus, die wir abzulösen angetreten sind. Wir werden uns — unterstützt durch Sie alle und mit einer großen eigenen Anstrengung — in den nächsten Wochen bis zum 6. Juni bemühen, das Blatt in Hamburg zu wenden.

Wir haben in den letzten Wochen die Überzeugung gewonnen: ohne die Christlich Demokratische Union gibt es in Hamburg keine stabile Politik mehr.

Berlin ist unter CDU-Führung ein gutes Stück vorangekommen

Die erste Aufgabe, die wir im Lande Berlin vorfanden, war, den Haushalt zu konsolidieren. Wir sind ziemlich scharf herangegangen. Eine Reihe von durchaus unpopulären Maßnahmen mußten getroffen werden. Eine durch Jahre hindurch unterlassene Anpassung, d. h. notwendige Anhebung von Tarifen, Gebühren und anderen Dingen, die wir als erste in Angriff nehmen mußten, hat sich natürlich nicht als durchweg populär, im großen und ganzen aber als verstehbar erwiesen, auch bei den Teilen der Bevölkerung, die davon sehr fühlbar getroffen und belastet worden sind, stellte Richard von Weizsäcker in seinem Bericht u. a. fest.

Für uns war und bleibt es wichtig, mit Hilfe der Haushaltspolitik im wesentlichen auch Beschäftigungspolitik in der Weise zu machen, daß die investiven Anteile prozentual wirklich fühlbar steigen zu Lasten der konsumtiven Anteile. Zunächst also nicht einen Haushalt zu verabschieden, in dem der Konsum gut bedacht wird, um dann anschließend ein Beschäftigungsprogramm hinterherschicken zu müssen, dessen Finanzierung gerade durch den Vorschlag, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, in Wirklichkeit die Beschäftigung mehr drosseln als ankurbeln und gleichzeitig die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung in einer unwiderruflichen Weise treffen würde.

Wir haben, als wir hier antraten, vor allem die Schwierigkeit der Unruhe in der Stadt übernommen: das Hausbesetzerproblem. In viereinhalb Monaten war in der ersten Hälfte des Jahres 1981 die Zahl von 29 auf 170 besetzte Häuser gestiegen. Ich will

gar nicht auf das Hausbesetzerproblem im einzelnen eingehen. Ich will nur eines sagen: Wenn ein Haus besetzt wird und am selben Tag wird es geräumt, dann geschieht genau das, was alle miteinander erwarten — auch die Hausbesetzer selber. Aber wenn man ein Haus besetzen läßt und die von der Verfassung gewählte Regierung läßt dies zu, dann wird damit in Wirklichkeit auch ein negativer Einfluß auf das Rechtsbewußtsein im ganzen ausgeübt.

Diese Entwicklung hatte mein Vorgänger nicht etwa geerbt von seinen Vorgängern, sondern selber herbeigeführt. Dafür haben ihm die Berliner bei der Wahl auch die Quittung gegeben.

Ich möchte weiter sagen, daß es für uns in erster Linie darauf ankommt, den Leerstand von Häusern und Wohnungen in einer großen Metropole wie Berlin zu beseitigen. Auf diesem Gebiet haben wir die Probleme noch nicht völlig gelöst, aber doch einen sehr großen Teil schon hinter uns gebracht.

Was die Beschäftigung im übrigen anbetrifft: Für uns gilt es in erster Linie, durch öffentliche Mittel eine Investition in die Zukunft der heutigen jungen Generation zu leisten, auf die sie sich auch unabhängig von den Schwankungen der Konjunkturlage stützen kann. Mit anderen Worten: Unser Schwerpunkt Nummer eins ist die Förderung der beruflichen Ausbildung.

Das nächste Stichwort, das uns in Berlin besonders kennzeichnet, aber wiederum nicht uns in Berlin allein, ist die Aufgabe, allmählich mit den Ausländern, die bei uns sind, zusammenzuwachsen. Berlin ist im Laufe der letzten elf Monate, seitdem wir hier die Regierungsverantwortung haben, ja mehrfach in den Schlagzeilen kritisch genannt worden: wir würden auf diesem Gebiet eine Politik machen, die das Zusammenwachsen nicht erleichtere.

Lassen Sie mich dazu klar folgendes sagen: Das Ziel ist und bleibt, mit denen, die hier sind, zusammenzuwachsen und uns auch stets bewußt zu bleiben, daß wir Deutsche, wir Berliner, hierzu einen wesentlichen Schritt auf die Ausländer zugehen müssen. Das kann aber nur dann gelingen, wenn die Zahl nicht immer weiter wächst. Zunächst wurden wir für unsere Maßnahmen kritisiert; anschließend haben andere Bundesländer unser Modell imitiert.

Wir haben in unserer Regierungserklärung klar und deutlich ausgesprochen, daß im Laufe des Lebens einer Generation, also ungefähr in 30 Jahren, unsere ausländischen Mitbürger, unsere Türken in erster Linie, eine Entscheidung treffen haben müssen, ob sie in ihre alte Heimat zurückgehen oder — wenn sie hierbleiben — auch bereit sind, Berliner und damit Deutsche zu werden.

Von manchen ist uns das sehr kritisch vorgeworfen worden. Ich habe aber festgestellt, daß gerade an diesem Wochenende der Innenminister von Nordrhein-Westfalen präzise dieselbe Erklärung herausgegeben hat, so als ob er der erste gewesen wäre, der diesen Gedanken gefaßt hat.

Wir empfinden es als eine Auszeichnung, daß der amerikanische Präsident während seines Besuchs in Europa auch nach Berlin kommt. Er ist der frei gewählte Präsident des amerikanischen Volkes, mit dem uns vor allem die Grundüberzeugungen verbinden.

Hohe Ehrung für Johann Baptist Gradl

Zu Beginn der Sitzung hatte der Parteivor-sitzende Dr. Johann Baptist Gradl zur Verleihung der Ehrenbürgerrechte Berlins die herzlichsten Glückwünsche der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ausgesprochen.

■ BUNDESFINANZEN

Milliardenloch im Bundeshaushalt wird immer größer

Im Bundeshaushalt 1982 und im Finanzplan für 1983 klaffen vor allem wegen des höheren Defizits der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Lücken in Milliardenhöhe. Zumindest für 1982 kommt dieses Milliardenloch nicht unvorhergesehen, erklärt der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele.

Schon Anfang November letzten Jahres hat die CDU/CSU darauf hingewiesen, daß die damals angeblich neuesten Schätzungen der Bundesregierung für die Kosten der Arbeitslosigkeit nicht wirklichkeitsgerecht und deshalb weitere Haushaltslücken in Milliardenhöhe zu befürchten seien, die Bundesregierung also wieder einmal die wahre Haushaltslage zu beschönigen suche.

Was die Regierung damals leugnete ist jetzt offenkundig. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung immer noch, unverzüglich die notwendigen Haushaltskorrekturen vorzunehmen. Sie will die Probleme wieder einmal bis zum Sommer ungelöst vor sich herschieben.

Die sich abzeichnenden Fehlbeträge sind erschreckend:

- 1982 wird es nach Auffassung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute 200 000 Arbeitslose mehr im Jahresdurchschnitt geben, als bisher im Haushalt unterstellt (Mehrbedarf 2,8 Milliarden Mark);

- die Leistungsempfängerquote lag im 1. Quartal um mehr als 2 Prozentpunkte über dem angenommenen Jahresdurchschnitt. Sollte es dabei bleiben, sind 700 Millionen Mark zusätzlich bereitzustellen;

- die jahresdurchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter muß aufgrund der vorliegenden Monatsergebnisse gegenüber den bisherigen Annahmen um (vorsichtig geschätzt) mindestens 200 000 nach oben korrigiert werden (Mehrbedarf 850 Millionen Mark);

- die Zahl der Ausfalltage für Schlechtwettergeld lag im 1. Quartal 1982 mit 17,8 Millionen schon erheblich über den im Haushalt 1982 für das ganze Jahr berücksichtigten 15,6 Millionen Ausfalltagen. Sollte das Vorjahresergebnis (rd. 28,5 Millionen Ausfalltage) wieder erreicht werden, fehlten noch einmal 850 Millionen Mark;

- bei den Mitteln des Haushalts 1982 für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind bereits jetzt fast 200 Millionen Mark mehr durch Bewilligungen gebunden, als im Haushalt überhaupt zur Verfügung stehen. Zusammen sind das rd. 5½ Milliarden Mark. Selbst wenn nicht alle Befürchtungen eintreten sollten, ein Fehlbetrag von 4 bis 5 Milliarden Mark muß sicher zusätzlich gedeckt werden.

Noch düsterer ist das Bild für 1983. Für 1983 berücksichtigt der Finanzplan bisher nur 1,3 Millionen Arbeitslose und 250 000 Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt bei Zugrundelegung einer noch etwas niedrigeren Leistungsempfängerquote als in diesem Jahr; auch die Zahl der Ausfalltage für Schlechtwettergeld ist wieder nur mit 16 Millionen angesetzt.

Unterstellt man 1983 für den Arbeitsmarkt die gleiche Entwicklung, wie sie sich für 1982 abzeichnet — für eine fühlbare Besserung spricht angesichts der ins Erwerbsleben drängenden geburtenstarken

Jahrgänge nämlich auch bei evtl. etwas besseren Wachstumsaussichten nichts —, so fehlen 1983 bei Zugrundelegung des gegenwärtigen Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bis zu 7 Milliarden Mark allein im Bereich der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

Die Bundesregierung sollte daraus unverzüglich Schlußfolgerungen ziehen und die notwendigen Sparmaßnahmen zu einer durchgreifenden Sanierung der Bundesfinanzen sofort in Angriff nehmen. Die Erfahrungen des letzten Jahres und die Beschlüsse des SPD-Parteitages lassen jedoch befürchten, daß wieder einmal der scheinbar bequeme Ausweg in höheren Schulden und höheren Abgabenlasten gesucht und damit die Lage nur verschlimmert wird.

Es bleibt bei der Ablehnung der höheren Mehrwertsteuer

An der Ablehnung der Union der Mehrwertsteuererhöhung wird sich auch im Vermittlungsverfahren nichts ändern. Dies gilt auch für die Taktik der FDP, die Erhöhung der Mehrwertsteuer mit notwendigen Erleichterungen der Einkommensteuer zu begründen.

Zum Abbau heimlicher Steuererhöhungen kommt eine Mehrwertsteuererhöhung für die Union ebenso wenig in Frage wie zur Finanzierung der Investitionszulage. Denn dies wäre im Endergebnis lediglich eine Zementierung der heimlichen Steuererhöhungen durch Verschieben einer Steuer auf die andere.

Heimliche Steuererhöhungen müssen dem Bürger zurückgegeben werden, ohne daß dafür andere Steuern erhöht werden. Würde die FDP nicht bloß schöne Worte verkünden, dann hätte sie in der Regierungsverantwortung rechtzeitig dafür gesorgt, daß die heimlichen Steuererhöhungen schon im Jahre 1982 verhindert werden: In diesem Jahr wird die durchschnittliche Zusatz-Mark des deutschen Arbeitnehmers mit 60 Pfennig belastet. Ein schlimmer Rekord!

Die FDP hat es bis heute nicht fertiggebracht, daß die Regierung ein entsprechendes Gesetz vorgelegt hat. Es gibt lediglich unverbindliche Ankündigungen, die jederzeit widerrufen werden können und vom SPD-Parteitag bereits widerrufen wurden. Nach den wiederholten Wortbrüchen der Bundesregierung gerade auf dem Feld der Finanzpolitik glauben unsere Bürger den Versprechungen der SPD/FDP-Regierung nicht mehr.

Zinssignale der Bundesbank begrüßt

Zu den geldpolitischen Beschlüssen des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank erklärt der Obmann der CDU/CSU im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages Reinhold Kreile: Die konsequente Stabilitätspolitik der Bundesbank, unbeirrt von polemischen, unsachlichen Attacken aus den Reihen der SPD, hat zusammen mit den Exportanstrengungen der deutschen Wirtschaft und einem vernünftigen Sparverhalten der Energieverbraucher eine deutliche Verbesserung unserer Leistungsbilanz und damit ein von der amerikanischen Zinsentwicklung schon recht beachtliches Abkoppeln des deutschen Zinssatzes ermöglicht.

Die Rückführung des inländischen Zinsniveaus um nahezu drei volle Prozentpunkte ist für die Wirtschaft von größerem Gewicht als jedes Beschäftigungsprogramm, ganz zu schweigen von einer steuerfinanzierten, kurzfristigen und daher für eine dauerhafte Verbesserung der Investitionsbedingungen ungeeigneten Investitionszulage.

Ideologische Blindheit und ökonomische Kurzsichtigkeit kennzeichnen sowohl die Kritik der SPD an der behutsamen und gerade deshalb so erfolgreichen Politik der Bundesbank als auch die Forderung der SPD nach einer unabhängigen europäischen Zinspolitik. Wieder einmal vertritt die SPD falsche Rezepte zum falschen Zeitpunkt. Sie läuft der tatsächlichen Entwicklung hinterher.

OSTKREDITE

Strenge Durchleuchtung der Risiken und Schäden gefordert

In einer Kleinen Anfrage fordert die CDU/CSU eine präzise Darlegung der Schäden und Risiken, die für den Bundeshaushalt durch Bürgschaften für Kredite an Ostblockländer entstehen. Die Fachpresse hat wiederholt gefordert, daß der Bundestag die Fragen durchleuchtet, nachdem andere Staaten die Folgen der Ostblockkredite offenlegen.

Der Osthandel macht nur einen geringen Teil des Handelsumsatzes der Bundesrepublik Deutschland aus, sehr hoch ist aber der Anteil der Haftung des Bundes und von „Hermes“ für Kredite an Ostblockländer. Ohne die üblichen Bürgschaften wären diese Kredite nicht möglich. In einigen Fällen decken die Burgschaftsentgelte nicht die Ausfälle. Der Bundeshaushalt hat mit Milliardenbeträgen einspringen müssen.

Die Bundesregierung verweist oft darauf, die Bürgschaften sollten nur kommerziell beurteilt werden. Andererseits sieht sie aber im Osthandel auch ein Mittel zu der von ihr angestrebten Entspannungspolitik. Sie kann dabei aber keinen spürbaren „Wandel durch Handel“ nachweisen.

Für die Gewährung der Bürgschaften ist die Bundesregierung allein verantwortlich. Sie kennt die in den letzten Jahren verstärkte expansive Hegemonial- und Rüstungspolitik des Ostblocks. Sie hätte prüfen müssen, ob den Lasten, die der Steuerzahler auf Grund der Gewahrlistung zu tragen hat, angemessene Gegenleistungen für eine „stabile“ Entspannung auf dem Gebiet der kontrollierten Abrüstung, der schrittweisen Durchset-

zung der Menschenrechte, der nationalen Rechte sowie der Rechte der Deutschen im mehrfach geteilten Deutschland gegenüberstehen. Eine solche Form der Entspannung und der politischen Gegenleistungen des Ostblocks fordert im übrigen der Harmel-Bericht zu den Zukunftsaufgaben der NATO, auf den sich die Bundesregierung immer wieder beruft.

Die mit diesen Ostkrediten in Verbindung gebrachten Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland hätten sich auch durch verstärkte Kooperation mit anderen Ländern, die eine freiheitlich-rechtsstaatliche Wirtschafts-, Gesellschafts- und Verfassungsordnung haben, sichern lassen. Es hätte auch eine bessere Diversifizierung der Energie- und Rohstoffversorgung für unser Land angestrebt werden müssen.

Es wird in einer Reihe von Fragen nach den Verlusten in Polen und den drohenden Risiken gegenüber den anderen RGW-Ländern sowie der Sowjetunion gefragt. Die Sowjetunion vermag die Zahlungsprobleme der RGW-Länder nicht mehr aufzufangen. Trotz ihres Rohstoffreichtums werden auch die an die Sowjetunion gegebenen Kredite immer riskanter. Die Sowjetunion und die Ostblockländer fordern aber weitere Kredite für Kooperationsprojekte. Auch die Entwicklungsländer sollen in dieses System der Ausblutung einbezogen werden.

Nun ist es an der Bundesregierung, die präzisen Fragen auch ohne Geheimnistueri zu beantworten. Tut sie es nicht, so fehlen ihr entweder die notwendigen Daten für die Sachentscheidungen oder sie will sie der ublicklichkeit vorenthalten.

■ ARBEITSMARKT

Die Stagnation hält weiter an

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kennzeichnet Stagnation. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf unerträglich hohem Niveau. Der erneute Rückgang der gemeldeten offenen Stellen ist Zeichen der Wachstumschwäche unserer Wirtschaft. Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren, schwerbehinderte ältere und teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose sowie ausländische Arbeitnehmer haben nach wie vor kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz.

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen stützen die pessimistische Prognose der Forschungsinstitute zur weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Wolfgang Vogt.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat ebenfalls darauf hingewiesen. Das ist seine Pflicht. Die Angriffe des Kanzlers auf Präsident Stingl am 1. Mai sind nichts als blanke Polemik. Das beweist ein Blick in den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vom 4. Februar 1982. Wer wie Schmidt reagiert, sitzt auf dem absteigenden Ast. Kein Kanzler vor ihm hat wie er den sozialen Rückschritt zurückgedreht.

Zu den Arbeitsmarktdaten gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke, folgende Stellungnahme ab:

Insbesondere die für April 1982 ausgewiesenen Zahlen der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit signalisieren für 1982 eine

jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl von möglicherweise sogar über 1,8 Millionen. Der in den nächsten Monaten zu erwartende leichte Rückgang der Arbeitslosen wird lediglich saisonbedingt sein. Die struktur- und konjunkturbedingte Arbeitslosenzahl wird leider weiter stark ansteigen.

Angesichts des schlechten Gesamtklimas wird sich die Arbeitsmarktsituation in der zweiten Jahreshälfte 1982 selbst bei einer leichten Belebung der Wirtschaftskonjunktur noch weiter verschlechtern:

— Die Zahl der Abgänger aus den 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden Schulen und berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen, die sich um Ausbildungs- und Arbeitsplätze bewerben, erreicht in diesem Jahr einen Gipfelpunkt; dies wird bei der Gruppe der Jugendlichen unter 20 Jahren zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit führen.

— Noch stärker zunehmen wird die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen zwischen 20 und 24 Jahren, weil inzwischen auch die geburtenstärkeren Jahrgänge aus Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre aus weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbezogenen Ausbildungsgängen und Absolventen betrieblicher Ausbildungsverhältnisse in reguläre Beschäftigungsverhältnisse übergeleitet werden möchten, wobei diese Gruppen in den nächsten Jahren zahlenmäßig kontinuierlich bis über das Jahr 1985 hinaus anwachsen werden; für diese Altersgruppe zeichnet sich für 1982 eine Arbeitslosenquote von weit über 10 % ab.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das bewußte „Parken“ vieler junger Menschen in Ausbildungsgängen, aus denen keine adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten abgeleitet werden können, nur für begrenzte Zeit zu einer rein statistischen Reduzierung der Arbeitslosigkeit führen können, daß damit aber die „Stunde der Wahrheit“ nur hinausgezögert werden könne.

■ KOALITION/ INFORMATION

Warschauer Pakt auch konventionell überlegen

Der erstmals seit Bestehen des Nordatlantischen Bündnisses mit allen NATO-Partnern abgestimmte Vergleich der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes ist ein Beitrag zur Erhöhung der Transparenz von Streitkräftezahlen und ihrer militärischen und politischen Bewertung, erklärte MdB Manfred Wörner. Er stellt damit einen wertvollen und nützlichen Beitrag zur Diskussion über Gleichgewicht und Rüstungskontrolle dar.

Besorgniserregend ist die konventionelle Überlegenheit des Ostens, besonders bei den Panzern, der Artillerie sowie der Mannschaftsstärke, der weiterhin andauernde Ausbau der Sowjetflotte zu einer offensiven Streikraft mit weltweitem Aktionsradius und der immer noch steigende Anteil der sowjetischen Verteidigungsausgaben.

Auf dem Hintergrund dieser Zahlen und Daten muß die Bundesregierung endlich die Sowjetunion auffordern, sich nicht weiterhin ernsthaften Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen zu entziehen, sondern dazu beizutragen, einen Abbau der Truppenstärke und Waffenpotentiale zu ermöglichen und dadurch stabilere und ausgeglichene Ost-West-Beziehungen zu ermöglichen.

Antiamerikanismus der SPD im Europarat

Mit einseitiger Diskriminierung El Salvadors sowie mit einseitiger Stoßrichtung gegen die USA hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats gegen die Stimmen der Christlichen Demokraten

und der Konservativen eine Resolution über die Verwirklichung der Menschenrechte in Lateinamerika verabschiedet.

Die aus Sozialisten und Linksliberalen bestehende Mehrheit schreckte nicht davor zurück, wahrheitswidrig die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Lateinamerika zu unterstellen. Vom Einfluß der Sowjetunion über ihren Satelliten Kuba, von den schweren Menschenrechtsverletzungen durch das Castro- oder das Sandinistenregime in Nicaragua ist in der Resolution keine Rede.

Die sozialdemokratischen deutschen Abgeordneten wagen es nicht, sich der anti-amerikanischen Tendenz ihrer Genossen aus den anderen Mitgliedsländern des Europarats zu widersetzen. Änderungsanträge der Christlichen Demokraten, die einen ausgewogenen Text herstellen wollten, wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die Lateinamerikadebatte im Europarat bestätigt die wiederholten Warnungen der Union vor einem in der SPD in gefährlicher Weise um sich greifenden Antiamerikanismus, der die Grundlagen deutscher Außenpolitik in zunehmendem Maße gefährdet.

Ausbildungskapazitäten ungenutzt

Das Tischler- und Schreinerhandwerk zählt zu den größten handwerklichen Ausbildungsberufen. Es ist erfreulich, daß sich in diesem Handwerk ein ständig wachsender Prozentsatz weiblicher Jugendlichen ausbilden läßt. Durch die Einführung des zehnten Pflichtschuljahres wurden im Jahre 1981 im nordrhein-westfälischen Tischlerhandwerk 1 000 Lehrverträge weniger als im Vorjahr abgeschlossen. Ausbildungskapazitäten blieben dadurch ungenutzt, die heute fehlen.

Es ist bedrückend, daß sich die für das Tischler- und Schreinerhandwerk grundsätzlich bestehenden guten Marktchan-

cen durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht positiv auswirken können, stellte MdB Heinrich Windelen auf dem Deutschen Tischlertag 1982 fest.

Alarmierend ist die Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt. Wegen der geburtenstarken Jahrgänge müßten in den nächsten fünf Jahren eine Million Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Demgegenüber erfolgte im vergangenen Jahr ein Abbau von 200 000 bis 300 000 Arbeitsplätzen. Besorgniserregend ist die feindliche Einstellung der Jugend zur Technik, obwohl sie die Grundlage unserer Zivilisation — vielleicht sogar unserer Existenz ist.

Zwangsumtausch zurücknehmen

Je näher der Termin des 30. Juni rückt, um so aktueller wird das Thema „Swing und Zwangsumtausch“. Inzwischen überschlagen sich die Spekulanten. Dies ist eine überaus schädliche Entwicklung, stellt Peter Lorenz, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest, an der die Bundesregierung ein gerütteltes Maß an Verantwortung trägt. Denn sie hat es an der notwendigen Klarheit und Festigkeit fehlen lassen.

Die richtige Richtung hat Bundesminister Graf Lambsdorff beim innerdeutschen Gipfeltreffen aufgezeigt, als er erklärte, daß der „Swing“ für uns keine rein wirtschaftliche Angelegenheit sei, sondern im politischen Gesamtzusammenhang gesehen werden müsse; dies betreffe insbesondere den erhöhten Mindestumtausch. Doch von dieser Position rückt die Bundesregierung offenbar mehr und mehr ab, weil sie im Poker mit der DDR die Nerven zu verlieren scheint. Für die innerdeutschen Beziehungen wäre dies fatal; denn der Reiseverkehr ist ein zentrales Politikum.

Von der Bundesregierung fordert die CDU/CSU daher, daß sie ihren festen Wil-

len bekundet, den „Swing“ auf seine ursprüngliche Höhe von 200 Millionen Mark zurückzuführen, wenn die DDR nicht die Abgrenzungsbürden im innerdeutschen Reiseverkehr beseitigt.

Zivilschutz und innere Sicherheit gleich Null

Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Gesamtverteidigung bezeichnete der CDU-Abgeordnete Hans-Joachim Jentsch (Wiesbaden), Vorsitzender des Gesprächskreises Gesamtverteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als ein Dokument der Untätigkeit und Hilflosigkeit. Richtlinien zur Organisation und Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit sind noch immer nicht erlassen. Auf dem Wege der Vereinfachung und Verbesserung der heillos zersplitterten Zivilschutzgesetzgebung ist die Regierung offensichtlich keinen Schritt vorangekommen. Zu dem Problem, ob Wehrpflichtige und Reservisten im Spannungs- und Verteidigungsfall den Einrichtungen und Einheiten der Zivilverteidigung zur Verfügung stehen sollen, hat die Bundesregierung offensichtlich keine Meinung. Die Frage, ob gesetzliche Voraussetzungen für die Einführung einer Zivilschutzdienstpflicht geschaffen werden sollen, beantwortete die Bundesregierung mit der Bemerkung, daß dies zu klären sei.

Die meisten Bundesbürger setzen auf Kernenergie

64 Prozent der Bundesbürger über 16 Jahre setzen auf Kernenergie und gehen davon aus, daß die Energieversorgung in den kommenden 30 Jahren nur durch Kernkraftwerke sichergestellt werden kann. Das hat eine Umfrage des Instituts Allensbach ergeben. Unter CDU-Wählern sind 74, unter SPD-Wählern 62 und unter FDP-Wählern 69 Prozent für Kernenergie.

■ EUROPA

Entwurf für einheitliches Wahlverfahren trägt Handschrift der Christdemokraten

Auf seiner ordentlichen Plenarsitzung im März hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit den Entwurf für ein einheitliches Wahlverfahren zur nächsten Direktwahl 1984 verabschiedet und damit rechtzeitig den Auftrag erfüllt, den es vor den Verträgen erhalten hat.

Nachdem es bis zum Herbst letzten Jahres höchst ungewiß war, ob sich der Politische Ausschuß auf einen mehrheitsfähigen Entwurf würde einigen können, wurde im Dezember 1981 mit dem Vorschlag eines regionalisierten Verhältniswahlrechtes der Durchbruch erzielt. Der vom Plenum gefaßte Beschluß trägt deutlich die Handschrift der Christdemokraten, zumal als Berichterstatter der französische Christdemokrat Jean Seitlinger fungierte und der Vorschlag selbst vom Verfasser dieses Beitrages (MdEP Reinhold Bocklet) im Namen der Christdemokraten eingebracht worden ist.

Der Beschluß des Europäischen Parlaments sieht die Wahl in sogenannten Mehrmannwahlkreisen vor, in denen mindestens drei und höchstens fünfzehn Abgeordnete zu wählen sind, wobei die Wahlkreiseinteilung den Mitgliedstaaten obliegt. Die Wahl der Abgeordneten je Mehrmannwahlkreis bestimmt sich nach der Zahl der Wahlberechtigten in diesem Wahlkreis im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten eines Mitgliedstaates. Diese Regionalwahlkreise — der Begriff Mehrmannwahlkreis ist vor allem im Hinblick auf die Briten gewählt worden —

bilden den Bezugsrahmen für die Aufstellung und Wahl der Kandidaten und die Arbeit der Abgeordneten. Damit ist erstmals die Region zur Gliederungseinheit für die Bestellung der Europa-Abgeordneten geworden.

Für die Bundesrepublik Deutschland hat die Begrenzung der Regionalwahlkreise zur Folge, daß das Saarland, Bremen und Hamburg mit den benachbarten Bundesländern zu Regionalwahlkreisen zusammengeschlossen werden müssen und das Land Nordrhein-Westfalen in zwei Regionalwahlkreise aufzuteilen ist.

Die Wahl findet auf Listen statt, die in den Regionalwahlkreisen aufgestellt werden. Die Mitgliedstaaten entscheiden, welche Partei oder politische Gruppierung sich unter welchen Voraussetzungen an der Wahl beteiligen kann. Die Mitgliedstaaten können auch bestimmen, daß der Wähler einen oder mehrere Kandidaten aus einer Liste auswählen kann (Vorzugsstimmen).

Um ein hohes Maß an Proportionalität zu erreichen, können die in den Regionalwahlkreisen aufgestellten Listen einer Partei auf nationaler Ebene verbunden werden. Die Entscheidung darüber, welche Listen miteinander verbunden werden können, treffen die Mitgliedstaaten. Die Sitze werden entsprechend der Gesamtzahl der auf eine einzelne Liste oder Listenverbindung entfallenden Stimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt ermittelt und sodann auf die für jeden Wahlkreis festgelegte Zahl der Mandate entsprechend den auf die Wahlkreislisten entfal-

lenden Stimmen verteilt. Dabei bleibt die für einen Regionalwahlkreis festgelegte Mandatszahl unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung unverändert bestehen.

Die Möglichkeit des persönlichen Ersatzbewerbers ist nicht vorgesehen. Die Sitze werden vielmehr aus den Listen in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Im Fall von Vorzugsstimmen bestimmt sich die Reihenfolge nach der auf die einzelnen Listenkandidaten entfallenden Stimmen.

Der Entwurf gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, eine Sperrklausel für Listen vorzusehen, die einen bestimmten Stimmenanteil nicht erreichen. Außerdem können die Mitgliedstaaten zur Berücksichtigung geographischer oder ethnischer Sonderfälle, die in der Fassung des Mitgliedstaates anerkannt werden, u. a. von dem Mindestanfordernis des Dreierwahlkreises abweichen, wobei nicht zuletzt an Südtirol und Grönland gedacht wurde. Auch der belgische Wahlmodus für die Brüsseler, die entweder auf der flämischen oder der wallonischen Liste wählen können, ist damit erfaßt, während die Sonderregelung für Berlin bereits im Anhang III des Aktes vom 20. September 1976 enthalten ist, der durch den neuen Wahlrechtsakt nur in bestimmten Punkten aufgehoben bzw. ergänzt wird, im übrigen aber fortgilt.

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat das aktive Wahlrecht für EG-Bürger nach fünf Jahren Aufenthalt im Gastland abgelehnt, aber diesen Bürgern das passive Wahlrecht zugestanden. Ausschlaggebend für ersteres war vor allem, daß das Wahlrecht nach wie vor an die Staatsbürgerschaft in einem Mitgliedstaat geknüpft und die Zahl der Mandate je Mitgliedstaat durch Vertrag festgelegt ist. Die Wahldauer, die bisher von Donnerstag morgen bis Sonntag abend reichte, wurde auf den Zeitraum von Sonntag morgen bis Montag abend verkürzt.

Gegen den Wahlrechtsentwurf des Europäischen Parlaments ist verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, er erfülle nicht das vertragliche Erfordernis der Einheitlichkeit des Wahlverfahrens. Das Parlament war sich jedoch weitgehend darüber einig, daß einheitlich nicht identisch bedeutet und daß diesem Erfordernis Genüge getan ist, wenn jede Stimme den annähernd gleichen Erfolgswert besitzt. Dies erlaubt auch, bestimmte Details den Mitgliedstaaten zur Regelung zu überlassen.

Am Ministerrat, der sich bereits kurz mit dem Parlamentsvorschlag befaßt hat, liegt es nun, den notwendigen Akt so rechtzeitig zu erlassen, daß die nationalen Parlamente sowohl die Ratifizierung als auch die Ausführungsbestimmungen bis zur Aufstellung der Kandidaten für die nächste Direktwahl beschließen können. Sollte das Zustandekommen des Aktes, für das Einstimmigkeit erforderlich ist, am Veto eines Mitgliedstaates scheitern, dann sollten auf jeden Fall die übrigen Mitgliedstaaten den Beschluß des Europäischen Parlaments in nationales Recht umsetzen und auf diese Weise durch gleichgerichteten Handeln zu einem in hohem Maße einheitlichen Wahlverfahren in Europa beitragen.

Neuer Chef der italienischen Christdemokraten

Die Democrazia Christiana (DC) will ihre zentrale Rolle unter den italienischen Parteien zurückgewinnen. Mit dieser programmatischen Aussage entschied der 54jährige Ciriaco De Mita zum Abschluß des DC-Kongresses in Rom die Wahl des neuen Parteisekretärs der italienischen Christdemokraten für sich. De Mita, der bisher stellvertretender Parteivorsitzender war, erhielt 55 Prozent der über 1 200 Delegiertenstimmen. Sein Gegenkandidat, Ministerpräsident Forlani, unterlag mit 13 Prozent der Stimmen.

■ HOCHSCHULPOLITIK

Ziele des Bundes waren gigantisch, überzogen und ohne Augenmaß

Zu Beginn der 70er Jahre hat die Koalition die Bildungspolitik zum Schwerpunkt ihrer Arbeit machen wollen. In den letzten Wochen diskutierten SPD und FDP über die Auflösung des Bildungsministeriums. Die Ziele der Hochschulpolitik des Bundes waren gigantisch, überzogen und ohne Augenmaß, erklärte MdB Klaus Daweke in der Bundestagsdebatte über die Große Anfrage der CDU/CSU zum Ausbau der Hochschulen, zur sozialen Lage der Studenten und zur Förderung des Nachwuchses in Wissenschaft und Forschung.

Wie in keinem anderen Bereich wird der Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit deutlicher als bei der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“. Noch 1977 prognostizierte die Bundesregierung, daß in den 80er Jahren für die damals erwarteten eine Million Studenten 850 000 Studienplätze mit Hilfe des Bundes gebaut werden sollten. Die finanzpolitische Wirklichkeit führt jetzt dazu, daß vor 1986 kein neues Projekt an den Hochschulstandorten mit Bundesmitteln finanziert werden kann. Das trifft Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von Mensen an neuen Hochschulen ebenso wie die Anschaffung von für die Forschung dringend erforderlichen Großgeräten. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft weigert sich beharrlich, durch Umschichtungen im eigenen Haushalt das Ausklinken des Bundes aus der Gemeinschaftsaufgabe abzuwenden.

Eine Hochschulpolitik, die einseitig auf Lehre setzt und de facto die Forschungs-

förderung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vernachlässigt, versündigt sich an der Zukunft unseres rohstoffarmen Landes. Die Union hat einen Gesetzentwurf zur Graduiertenförderung eingebracht und drängt auf dessen Verabschiedung. Die Politik des Bundesbildungsministers ist uns in diesem Punkt völlig unverständlich. Auch zieht ein Hinweis auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen nicht: denn solange der Bund jährlich 108 Mio. für Modellversuche ausgeben kann, dürften 30 bis 40 Mio. für den wissenschaftlichen Nachwuchs auch jetzt finanzierbar sein.

Die Bundesregierung bezweifelt in der Antwort auf unsere Anfrage das weitere Ansteigen der Studentenzahlen auf 1,3 Mio. mit dem Hinweis auf zu erhoffende sinkende Übergangsquoten von Gymnasien. Gleichzeitig verweigert die Bundesregierung jegliche Auskunft darüber, wie sie sich Alternativen zum Studium vorstellt, wie sie die in ihrem Verantwortungsbereich liegende Berufsberatung verbessern will.

Die 80er Jahre werden durch ein weiteres Ansteigen der Akademikerarbeitslosigkeit gekennzeichnet sein. Dies ist zunächst und vor allem ein Problem der Lehrerarbeitslosigkeit, da 48 % der Studenten nach wie vor Lehramt anstreben. Der Bund ignoriert dieses Problem völlig. Was hat die Bundesregierung zur Reform des Laufbahnrechtes für den öffentlichen Dienst geleistet? Wird sie das Beamtenrechtsrahmengesetz ändern, um großzügigere Beurlaubungen zu ermöglichen und Altersversorgungsansprüche bei langfristiger Beurlaubung sichern?

■ MITTELSTAND

Keine Änderung des Ladenschlußgesetzes

Zu den neuerlichen Meldungen, die Freien Demokraten wollten einen Vorstoß zur Änderung des Ladenschlusses unternehmen, erklärt MdB Egon Lambersbach: Mit nicht geringem Erstaunen müssen die immer wiederkehrenden Versuche registriert werden, eine Änderung der Ladenöffnungszeiten durchsetzen zu wollen. Die Initiatoren solcher Vorschläge haben hier den Handel sowie die Angestellten dieser Branche gegen sich, die für die Beibehaltung der jetzigen Regelung eintreten.

Neuerdings hat die FDP wieder einmal dieses Thema entdeckt. Bei der augenblicklichen miserablen wirtschaftlichen Lage, an der die FDP nicht gerade schuldlos ist, fällt den Initiatoren dieser „Ladenschlußoffensive“ wirklich nichts Besseres ein, als auf diesem doch schon arg strapazierten Gebiet einen neuen wirtschaftspolitischen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen. Diese Minderheit sollte doch endlich einmal einsehen: Die Änderung des Ladenschlusses ist ein denkbar ungeeignetes Mittel, um „positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Binnenkonjunktur“ zu erzielen.

Hier sind realitätsblinde Theoretiker am Werk. Wer soll denn die Kosten für neue Angestellte im Handel angesichts immer geringer werdender Gewinnmargen bezahlen? Das kann doch nur der Verbraucher sein und der würde sich für höhere Preise bedanken: Konsumverzicht wäre die Folge und keine „positiven Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur“.

STICHWORT

Rentenformel

Kernstück der Rentenreform von 1957 ist die bruttolohnbezogene, dynamische Rente, die nach der sogenannten Rentenformel berechnet wird. In diese Rentenformel gehen folgende vier Faktoren ein:

- der Prozentsatz der persönlichen Bemessungsgrundlage (PB)
- die allgemeine Bemessungsgrundlage (AB)
- die Anzahl der Versicherungsjahre (V)
- ein bestimmter Steigerungssatz (S).

Die Rentenformel lautet wie folgt:

$$\frac{\% PB \times AB}{100} \times \frac{V \times S}{100} = \text{jährliche Rente}$$

In der persönlichen Bemessungsgrundlage drückt sich aus, wie sich das Bruttoarbeitsentgelt des einzelnen Versicherten während seiner Beitragszeiten zum Durchschnittslohn aller Versicherten verhält.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage erfaßt das durchschnittliche Bruttojahresentgelt aller versicherten Arbeiter und Angestellten während der letzten drei Jahre.

Die Versicherungsjahre setzen sich hauptsächlich aus Beitrags- und Ersatzzeiten zusammen. Aber auch Ausfall- und Zurechnungszeiten zählen.

Der Steigerungssatz richtet sich nach der jeweiligen Rentenart (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- oder Altersrente).

Die Rentenformel läßt erkennen, wie wichtig der Bruttolohn als Bezugsgröße ist.

Handbücher für jeden politisch bewußten Bürger



BÜRGERHANDBUCH

Der Staat, vor allem die Städte und Gemeinden, kirchliche und private Organisationen bieten den Bürgern zahllose Hilfen an. Die Fülle vorhandener Informationsschriften, Merkblätter, Handbücher ist kaum zu überschauen. Der im Einzelfall Betroffene weiß oft gar nicht, welche Möglichkeiten es gibt, welche Ansprüche ihm zustehen, wer ihm mit Rat und Tat weiterhilft. Das **BÜRGERHANDBUCH** ist hier Wegweiser und gibt einen Überblick über 20 der wichtigsten Lebensbereiche, gibt praktische Tips und nennt eine Fülle nützlicher Adressen, wo der Einzelne Rat und Hilfe finden kann.

528 Seiten, broschiert, Verkaufspreis 15,— DM zuzügl. Porto und Verpackung.



HANDBUCH FÜR DIE BEHINDERTENARBEIT

Dieses Buch wendet sich an die Kommunalpolitiker, die Mitarbeiter von Verwaltungen, von freien Trägern, an Mitglieder von politischen Parteien und an all jene Bürger, die in Gemeinden den Behinderten begegnen und für deren Probleme Lösungen erarbeiten und durchsetzen müssen. Es will Wege aufzeichnen, die geeignet sind, die Lebensbedingungen Behinderter zu verbessern.

128 Seiten, im handlichen Format, broschiert. Verkaufspreis 6,80 DM je Expl. zuzügl. Porto und Verpackung.

Beide Publikationen wurden erarbeitet im Institut für Kommunalwissenschaften — Konrad-Adenauer-Stiftung

KOMMUNAL-VERLAG, Postfach 100961, 4350 Recklinghausen

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 14. 5. **LV Niedersachsen**
Landesausschuß/Landesvorstand, Hannover
- 14. 5. **Frauenvereinigung Bund**
Bundesvorstand, Hamburg
- 14. 5. **Frauenvereinigung**
Schleswig-Holstein,
Hauptausschuß, Neumünster
- 15. 5. **BV Südbaden**
Bezirksparteitag, Achern
- 15. 5. **Frauenvereinigung Rheinland**,
Landesversammlung, Düsseldorf
- 15. 5. **CDA Westfalen-Lippe**,
Führungsseminar, Dortmund
- 15. 5. **CDU Westfalen-Lippe**,
Vorsitzendenkonferenz, Dortmund
- 15. 5. **MIT Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz, Odenwald
- 15. 5. **Junge Union Niedersachsen**
Niedersachsenratssitzung, Hildesheim
- 16./23. 5. **LV Hessen**
Hessentag, Wächtersbach
- 17. 5. **LV Baden-Württemberg**
Landespräsidium/Landesvorstand, Stuttgart
- 17. 5. **LV Berlin**
Landesvorstand,
Berlin, Landesgeschäftsstelle

- 17. 5. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
- 18. 5. **LV Hessen**
Landesvorstand, Wächtersbach
- 19./20. 5. **Frauenvereinigung**
Europa-Sektion,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
- 21./23. 5. **EAK Bund**
25. Bundestagung, Mainz,
Rheingoldhalle
- 21. 5. **Junge Union Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 24. 5. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 25. 5. **Junge Union Saar**
Ökologieforum
St. Ingbert
- 28. 5. **Junge Union Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 1. 6. **LV Hessen**
3. Programmkommission, Wiesbaden
- 3. 6. **Frauenvereinigung Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 3. 6. **Junge Union Niedersachsen**
Landesvorstandssitzung, Hannover
- 3. 6. **LV Hessen**
KGF-Konferenz, Fulda
- 4./6. 6. **Junge Union Bund**
JU-Jugendfestival, Bad Salzungen
- 4./5. 6. **Frauenvereinigung**
Westfalen-Lippe
Seminar „Entwicklungspolitik“, Dülmen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD